

Von: florian hassler <flo_hassler@hotmail.com>

An: <richard.deckard@gmx.de>

Kopie:

Betreff: RE: Wähler-Anfrage

Datum: 18.08.2009 13:26:15

Sehr geehrter Herr Deckard,

vielen Dank für Ihre e-mail! Bitte entschuldigen Sie, dass ich Ihnen auf Ihre Anfrage vom 14. Juli erst jetzt antworte. Im Gegensatz zu amtierenden Bundestagsabgeordneten habe ich aber weder eigene Mitarbeiter noch kann ich auf die Infrastruktur des Deutschen Bundestages zurückgreifen und muss den Wahlkampf inklusive der vielen Bürgeranfragen neben meinem „richtigen“ Beruf organisieren. Auch wenn ich mich stets bemühe, auf Anfragen schnellstmöglich zu antworten, kann es daher zu Verzögerungen kommen. Dies bitte ich zu entschuldigen.

Nun aber zu Ihrer ersten Frage: Grundsätzlich ist für mich die Feststellung wichtig, dass wir es aktuell mit einer tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise zu tun haben, gleichzeitig aber mit hoher Geschwindigkeit in die Klimakrise rasen und die Millenniumsziele verfehlen, also die weltweit vereinbarten Ziele unter anderem zum Abbau von Armut und Unterernährung. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns endgültig vor Augen geführt hat, dass die Art und Weise wie unsere Wirtschaft verfasst ist, zu katastrophalen Ergebnissen führt. Wir erleben derzeit das Ergebnis einer verfehlten Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik. Das Ergebnis dieses Politik- und Marktversagens betrifft aber keinesfalls nur die Finanzmärkte, wir stehen wie eingangs erwähnt aktuell vor drei (!) zentralen Krisen, die es zu lösen gilt: Die Wirtschaft-, die Klima- und die Gerechtigkeitskrise. Diese Krisen haben ihre gemeinsamen Ursachen in einer Entfesselung der Märkte, an denen auf der Jagd nach kurzfristiger Rendite die Zukunft verzockt wird und soziale Verantwortung gering zählt.

Daher müssen wir auch ein gemeinsames Rezept gegen diese 3 Krisen finden, und daher fordern wir Grünen einen „Green New Deal“, der Klima-, Finanz und Armutskrise mit einem ökologischen und sozialen Umbau der Industriegesellschaft beantwortet. Einen "Green New Deal", der Soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung verbindet und eine nachhaltige und nicht eine auf kurzfristige Profite ausgerichtete Wirtschaft schafft.

Wir müssen jetzt Entscheidungen für die Infrastrukturen der Zukunft, für ökologisches Wirtschaften, für mehr Bildung und für einen erneuerten sozialen Ausgleich treffen. Nur dann hinterlassen wir unseren Kindern und Enkeln nicht bloß einen gigantischen Schuldenberg, sondern auch ein neues Fundament, auf das sie aufbauen können. Ich halte es für falsch mit viel Geld lediglich die Risse im alten Fundament unserer Wirtschaft notdürftig zu kitten, wie es die große Koalition derzeit tut. Die Konjunkturpakete I und II sind inhaltlich falsch. Weil die Koalition mit ihren Maßnahmen nachfolgenden Generationen drastisch höhere Belastungen aufbürdet, ohne dass für diese gleichzeitig ein Nutzen etwa durch ökologische Fortschritte oder verbesserte Bildung entsteht, lehne ich das Konjunkturpaket II ab. Auch Programme wie die Abwrackprämie nutzen weder der Industrie noch unserer Umwelt. Sie bringen stattdessen Schulden, ohne unserer Wirtschaft

nachhaltig zu helfen.

Notwendig ist ein grünes Investitionsprogramm, mit dem wir insgesamt eine Million neue Jobs in den Bereichen Umwelt, Bildung und Soziales schaffen wollen – und mit dem sich. Klima- und Wirtschaftskrise gemeinsam lösen lassen:

- **Mehr als 400.000 Jobs schaffen wir durch die ökologische Modernisierung** mit den Kernbereichen Erneuerbare Energien, Gebäudesanierung, nachhaltige Mobilität, ökologische Landwirtschaft und Abfall- und Wasserwirtschaft. Umweltschutz ist ein globaler Wachstumsmarkt. Die Investitionen von heute sind deshalb die Arbeitsplätze von morgen.
- **185.000 Jobs entstehen durch Investitionen in Bildung.** Wir wollen ein gerechteres und leistungsfähigeres Bildungssystem schaffen. Für mehr frühkindliche Betreuung, mehr Ganztageschulen und bessere Hochschulen braucht es 185.000 neue ErzieherInnen, Lehr- und Fachkräfte. Denn eine gute Bildungspolitik ist die beste Wirtschaftsförderung.
- **150.000 Jobs bringen Investitionen in ein sozial gerechtes Gesundheitssystem.** Der Gesundheits- und Pflegesektor ist eine Wachstumsbranche. Mit der Einführung einer Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege erreichen wir einen nachhaltigen Jobboom im Gesundheitsbereich.
- **60.000 neue Jobs wollen wir auf dem sozialen Arbeitsmarkt schaffen.** Durch langfristig geförderte sozialversicherungspflichtige Jobs wollen wir Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt integrieren.
- **200.000 Jobs entstehen durch den Abbau von Schwarzarbeit.** Schwarzarbeit ist in Deutschland weit verbreitet. Wir wollen sie entschieden bekämpfen und reguläre Arbeitsplätze schaffen, indem wir die Sozialabgaben für kleine Einkommen senken und Unternehmen von Bürokratie entlasten.

Von unserer Politik der ökologischen Innovation profitieren aber nicht nur Umweltbranchen wie erneuerbare Energien. Auch klassische Industrien wie der Automobilbau –dies dürfte ja gerade für Sie wichtig sein - (3-Liter-Autos, Elektromobilität), Chemie (Dämmstoffe, Biokunststoffe), Stahl (Windräder) und Maschinenbau sowie Handwerk und Bauwirtschaft (energetische Gebäudesanierung, EE) wollen wir mit unseren Vorschlägen auf zukunftsfeste Produkte und Arbeitsplätze ausrichten.

Voraussetzung für die ökologische Modernisierung ist die konsequente Anwendung des gesamten politischen Instrumentariums vom Ordnungsrecht über Steuern, Subventionen und Zertifikaten bis hin zu öffentlichen Investitionen. So wollen wir dafür sorgen, dass die Preise die ökologische Wahrheit sagen und setzen Anreize für Unternehmen und private Haushalte, in umwelt- und naturverträgliche Produktionsprozesse und Produkte zu investieren bzw. sie nachzufragen. Auch hierfür möchte ich Ihnen einige Beispiele nennen:

- **Öffentliche Investitionen** in eine zukunftsfähige Infrastruktur, d. h. Ausbau von Schienenwegen und ÖPNV, Modernisierung der Wasserver- und Entsorgung, sowie Ausbau der Strom- und Wärmenetze.
- **Gezielte Förderprogramme für den ökologischen Strukturwandel**, wie die Einrichtung eines Energiesparfonds zur Unterstützung vor allem einkommensschwacher Haushalte, die Aufstockung von KfW-Krediten zur Gebäudesanierung und die Förderung des Kaufes von Elektrofahrzeugen.
- **Unternehmenshilfen an ökologische Kriterien knüpfen.** Staatshilfen nur, wenn sie ein ökonomisch

und ökologisch tragfähiges Geschäftsmodell haben.

- **Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen** und ungerechtfertigter Privilegien im Emissionshandel.
- **Ordnungsrecht ökologisch ausrichten** und das Planungs- und Genehmigungsrecht modernisieren.
- Mit **Top-Runner-Ansatz**, Energiestandards und CO₂-Grenzwerten nachhaltige Technologien und Produkte fördern.
- **Ökologische Beschaffung** zum Standard machen: Bund, Länder und Gemeinden sollten ihr jährliches Nachfragevolumen von etwa 300 Mrd. Euro auf nachhaltige Produkte, Dienstleistungen und erneuerbare Energien ausrichten.

Wichtig ist es aus meiner Sicht aber auch die ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer bei der Lösung der Wirtschaftskrise nicht aus den Augen zu verlieren – und deshalb sind auch sozialpolitischen Positionen innerhalb diese Green New Deals klar definiert. Denn wir müssen diese Krise gemeinsam und nicht beispielsweise durch Dumpinglöhne in der Wirtschaft lösen. Ich möchte Ihnen daher auch einige unserer sozialpolitischen Positionen vorstellen:

- Wir treten für die Einführung eines **Mindestlohns** von mindestens 7,50 Euro für alle Beschäftigten in allen Branchen ein, wie er in den meisten anderen großen Industriestaaten Europas bereits die Regel ist.
- Wir streiten für eine **Korrektur der Hartz-IV-Regelungen** wie z.B. die Anhebung des Regelsatzes für Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen mindestens 420 Euro. Bei der Höhe haben wir uns an den Wohlfahrtsverbänden orientiert.
- Wir kämpfen für eine **Bürgerversicherung**, welche Pflege als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe honoriert und sozial, nachhaltig und vor allem generationengerecht ist. Die Trennung zwischen Sozialer und Privater Pflegeversicherung lehnen wir als unsolidarisch und fachlich nicht zu begründen ab; Gleiches gilt für das duale System bei der Krankenversicherung.
- Wir halten **22 Prozent durchschnittliche Differenz** zwischen den Löhnen von Männern und Frauen für skandalös und fordern endlich auch eine faktische und nicht nur theoretische Angleichung.
- Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für ein integratives und durchlässiges **Schul- und Bildungssystem** ein. Wir wollen das gemeinsame Lernen über die bisherigen vier Grundschuljahre hinaus, um Bildung weniger selektiv zu handhaben, vor allem aber um sie weniger abhängig vom Geldbeutel der Eltern zu machen. Auch der flächendeckende Ausbau von Ganztageschulen ist unser Anliegen.

Zu ihrer zweiten Frage bezüglich der „kleinen Decke-Lösung“ bei der A81: Auch wir Grünen sind über die „kleine Lösung“ enttäuscht. Wir haben uns sowohl aus städtebaulicher als auch aus lärmschutztechnischer Sicht von Anfang an für einen Tunnel von 1,5 km eingesetzt.

Allerdings scheint aktuell einfach nicht mehr möglich zu sein, und auch wenn ich Ihre Bedenken teile sollte meiner Meinung nach zumindest als erster Schritt der 850 Meter Tunnel realisiert werden. Umso wichtiger erscheint mir nun die zeitnahe asphaltierung mit Flüsterasphalt im gesamten Ausbaubereich, aber auch grundlegende Überlegungen zur Verkehrspolitik (Tempolimits, mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene,

alternative Mobilitätskonzepte u.s.w.), die ich aber in diesem Brief nicht weiter ausführen möchte. Ich würde mich aber freuen, diese Punkte in einem persönlichen Gespräch zu vertiefen, z.B. auf einer unserer Veranstaltungen (die sie unter www.florianhassler.de oder in der Tagespresse finden) oder in unserem Grünen Kreisbüro (Büroöffnungszeiten Dienstag Vormittags oder Donnerstag Nachmittags). Ich hoffe Ihrer Fragen beantwortet zu haben und würde mich sehr freuen, wenn wir uns auf einer der Veranstaltungen diesen Sommer einmal persönlich kennen lernen würden!

Mit freundlichen Grüßen

Florian Hassler

Florian Hassler

Mobil D: +49-178-5325859

Mobil B: +32-485-023859

www.florianhassler.de

<http://www.facebook.com/HasslerFlorian>

> Date: Tue, 14 Jul 2009 16:59:16 +0200

> From: Richard.Deckard@gmx.de

> Subject: Wähler-Anfrage

> To: florian.hassler@gruene.de

>

> Sehr geehrter Herr Hassler,

>

> als Bürger des Landkreises Böblingen wende ich mich mit zwei Fragen an Sie. Ein zentrales Thema bei der Bundestagswahl 2009 ist für mich die Finanzkrise und die damit einhergehenden Horrorszenarien - speziell für mich als Daimler-Angestellter.

>

> 1. Wie wollen Sie bzw Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass diese Wirtschaftskrise sich nicht weiter ausweitet und was wollen Sie tun,

> um die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

>

> 2. Heute entnehme ich aus der Presse, dass die beiden Oberbürgermeister Vöhringer und Vogelgsang bei der A 81 der "kleinen Lösung", also einem nur 850 Meter, statt anderthalb Kilometer langem Deckel zugestimmt haben. Für mich als Anrainer ist dies zu wenig. Welche Unterstützung kann ich von Ihnen in dieser Sache erwarten.

>

> Mit freundlichen Grüßen

>

> Richard Deckard

> Sindelfingen

> --

> Neu: GMX Doppel-FLAT mit Internet-Flatrate + Telefon-Flatrate

> für nur 19,99 Euro/mtl.!* <http://portal.gmx.net/de/go/dsl02>

Zeig Deine Urlaubsfotos [einfach und schnell!](#)

Dateianhänge zur E-Mail

- AntwortHerrDeckard.doc (application/msword)